

25.05.99

Unterrichtung

**durch das
Europäische Parlament**

EntschlieÙung zum Arbeitsdokument der Kommission über Perspektiven und Schwerpunkte des ASEM-Prozesses

Zugeleitet mit Schreiben des Generalsekretärs des Europäischen Parlaments - 114688 - vom 21. Mai 1999. Das Europäische Parlament hat die EntschlieÙung in der Sitzung am 4. Mai 1999 angenommen.

Entschließung zum Arbeitsdokument der Kommission über Perspektiven und Schwerpunkte des ASEM-Prozesses (SEK(97)1239 - C4-0667/97)

Das Europäische Parlament,

- in Kenntnis des Arbeitsdokuments der Kommission (SEK(97)1239 - C4-0667/97),
 - unter Hinweis auf seine Entschließung vom 14. Juni 1995 zu der Mitteilung der Kommission an den Rat "Auf dem Weg zu einer neuen Asien-Strategie"⁽¹⁾,
 - unter Hinweis auf seine Entschließung vom 12. März 1998 zum ASEM-Prozeß (Beziehungen Europa-Asien)⁽²⁾,
 - unter Hinweis auf seine Entschließungen vom 17. Dezember 1998 zu der Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament "Die Menschenrechte in den Außenbeziehungen der Europäischen Union: Von Rom zu Maastricht und danach" (KOM(95)0567 - C4-0568/95) sowie zu den Menschenrechten in der Welt für die Jahre 1997 und 1998 und zur Menschenrechtspolitik der Europäischen Union⁽³⁾,
 - unter Hinweis auf seine Entschließung vom 9. Februar 1999 zu der Mitteilung der Kommission für eine umfassende Partnerschaft mit China⁽⁴⁾,
 - unter Hinweis auf seine Entschließung vom 11. März 1999 zu der Menschenrechtslage in Indonesien, auf den Molukken und in Ost-Timor⁽⁵⁾,
 - unter Hinweis auf seine Entschließung vom 23. März 1999 zu dem Abkommen über die Bedingungen für den Beitritt der Europäischen Atomgemeinschaft zu der Organisation für die Entwicklung der Energiewirtschaft auf der Koreanischen Halbinsel (KEDO) (C4-0483/97)⁽⁶⁾,
 - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Sicherheit und Verteidigungspolitik (A4-0197/99),
- A. in der Erwägung, daß die zunehmende gegenseitige Abhängigkeit ein charakteristisches Merkmal der heutigen Welt ist und daß zwischen den Aussichten für Europa und jenen für Asien vor allem in den Bereichen Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt viele Verbindungen bestehen,
- B. in der Erwägung, daß die Stärkung der Demokratie sowie der Anwendung und Achtung der Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit in Asien zum politischen Schwerpunkt der Europäischen Union in der Region werden muß,

⁽¹⁾ ABl. C 166 vom 3.7.1995, S. 64.

⁽²⁾ ABl. C 104 vom 6.4.1998, S. 217.

⁽³⁾ ABl. C 98 vom 9.4.1999, S. 267 und S. 270.

⁽⁴⁾ Teil II Punkt 13 des Protokolls dieses Datums.

⁽⁵⁾ Teil II Punkt 7 des Protokolls dieses Datums.

⁽⁶⁾ Teil II Punkt 11 a des Protokolls dieses Datums.

- C. in der Erwägung, daß unter den Ländern Ostasiens der allgemeine Wunsch besteht, Europa solle seine Präsenz in der Region verstärken, was eine ausgezeichnete Grundlage für die schrittweise Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Regionen darstellt,
- D. in der Erwägung, daß der ASEM-Prozeß (Asien-Europa-Treffen) einen wertvollen Rahmen für einen Dialog und die Durchführung von Kooperation darstellt, jedoch deutlicherer Zielsetzungen bedarf; in der Erwägung, daß eine schrittweise Institutionalisierung der Beziehung zwischen der Europäischen Union und den ASEM-Ländern konkretere Ergebnisse ermöglichen würde,
- E. in der Erwägung, daß sowohl den betroffenen Ländern als auch der Europäischen Union daran gelegen ist, die Wirtschaftskrise in Ostasien zu bekämpfen; in der Erwägung, daß die Europäische Union ihre Märkte weiterhin für die steigenden Exportflüsse aus Ostasien geöffnet hält und zur Schaffung des ASEM-Trust Fonds sowie zur Bildung eines Finanzsachverständigen-netzes beigetragen hat,
- F. in der Erwägung, daß die krisengeschüttelten Länder nun bestrebt sind, die Transparenz in Wirtschaftsfragen zu erhöhen und offener zu werden, unter anderem um neue Investitionen zu fördern, daß jedoch noch viel zu tun bleibt, etwa in bezug auf den Abbau der vielfältigen Hindernisse, mit denen sich Exporteure aus der Europäischen Union in Ostasien konfrontiert sehen,
- G. in der Erwägung, daß den Erklärungen über die Notwendigkeit, den Internationalen Währungsfonds (IWF) und die Weltbank zu reformieren, die von hochrangigen Vertretern der führenden Mitglieder dieser Organisationen abgegeben wurden, nun Taten folgen müssen,
- H. in der Erwägung, daß es generell notwendig ist, den Dialog über Sicherheitsfragen in Ostasien zu fördern, die Rolle des ASEAN-Regionalforums zu erweitern und alle Länder aufzufordern, die Entwicklung von Mechanismen zur friedlichen Beilegung von Auseinandersetzungen zu unterstützen,
- I. in der Erwägung, daß Ost-Timor ein friedlicher Übergang von der derzeitigen Besetzung durch Indonesien zu einer neuen politischen Ordnung ermöglicht werden muß, nicht nur um zu verhindern, daß der Bevölkerung Ost-Timors weiteres Leid zugefügt wird, sondern auch um einer Destabilisierung der Region und ihrer Umgebung vorzubeugen,
- J. in der Erwägung, daß die Europäische Union über das Potential verfügt, in der Ost-Timor-Frage eine konstruktive Rolle zu spielen, und daß sie dies in Zusammenarbeit mit ihrem Mitgliedstaat Portugal, der von den Vereinten Nationen als rechtmäßige Verwaltungsmacht anerkannt ist und der sich verbürgt hat, Ost-Timor umfangreiche Unterstützung zukommen zu lassen, auch tun sollte,
- K. in der Erwägung, daß die Übernahme einer derartigen Rolle ein weiteres Zeugnis des festen Willens und der Fähigkeit der Europäischen Union wäre, auf produktive Weise zur Entwicklung der Region beizutragen,
- L. in der Erwägung, daß die derzeitigen Entwicklungen auf globaler Ebene bei der Verwendung natürlicher Ressourcen und im Bereich der Verschmutzung und Belastung der Umwelt ein radikales Umdenken bei der Nutzung der Ressourcen sowie bei Wirtschaftsentwicklungsmodellen erforderlich machen; in der Erwägung, daß in Anbetracht ihrer Bevölkerungsgröße, ihrer Entwicklungsbedürfnisse und ihres Potentials für weiteres Wirtschaftswachstum das von den asiatischen Ländern gewählte Vorgehen von ausschlaggebender Bedeutung ist; in der Erwägung, daß die Europäische Union mit ihren ASEM-Partnern gemeinsam daran arbeiten sollte, ein für Umwelt und Gesellschaft tragbares Wachstum zu erreichen,

- M. in der Erwägung, daß sowohl der Vertrag als auch wiederholt vorgebrachte Erklärungen deutlich machen, daß das Engagement für die Menschenrechte Kernbestandteil der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union ist; in der Erwägung, daß die Europäische Union folglich dieses Engagement bei ihrer Zusammenarbeit mit einzelnen Ländern oder Gruppen von Ländern weltweit nicht vernachlässigen oder auf die leichte Schulter nehmen darf, da sich dies auf die Glaubwürdigkeit der GASP insgesamt negativ auswirken würde,
1. ruft die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten sowie die Partner in Asien auf, der Weiterentwicklung und Stärkung des ASEM-Prozesses größte Priorität einzuräumen und zu diesem Zweck die ersten Schritte in Richtung Bildung einer Organisation zu unternehmen, die in der Lage ist, kollektiv zu handeln;
 2. fordert die ASEM-Mitgliedstaaten auf, die Mitgliedschaft zumindest auf die südasiatischen Länder auszudehnen;
 3. ist der Auffassung, daß eine bessere Vorbereitung der ASEM-Gipfeltreffen und eine größere Bereitschaft der Teilnehmer, konkrete Tätigkeiten zu initiieren, die Einrichtung unterstützender Strukturen zu billigen, Zeitrahmen festzulegen und sich auf angemessene Folgemaßnahmen zu einigen, erforderlich sind;
 4. bekräftigt, daß der parlamentarische Dialog wesentlicher Bestandteil des ASEM-Prozesses ist, und fordert daher für das Europäische Parlament wie auch für die nationalen Parlamente Asiens eine eindeutige Rolle in diesem Prozeß, die die Beteiligung an künftigen Verhandlungen und Erörterungen sowie die Konsultation zu deren Ergebnissen gewährleistet;
 5. fordert, daß die Zusammenarbeit Asien-Europa auf der Ebene der Bürgergesellschaft ausgebaut und Nichtregierungsorganisationen in den ASEM-Prozeß miteinbezogen werden, indem sie ebenso wie die Vertreter der Wirtschaft die Möglichkeit erhalten, sich an den Debatten der politischen Führer der ASEM zu beteiligen;
 6. ist der Auffassung, daß Anstrengungen zu unternehmen sind, um zu vermeiden, daß es zu Überschneidungen mit Projekten im Rahmen des Kooperationsabkommens EG-ASEAN kommt;
 7. begrüßt die Einrichtung der Asien-Europa-Stiftung sowie des asiatisch-europäischen Zentrums für Umwelttechnologie und vertritt die Auffassung, daß es sich als angebracht erweisen könnte, auch in anderen Bereichen ähnliche Strukturen für die Förderung der Zusammenarbeit zu entwickeln;
 8. unterstützt das Streben nach besseren Marktzugängen und Investitionsmöglichkeiten im Rahmen des Aktionsplans für Handelserleichterungen (TFAP) und des Aktionsplans zur Investitionsförderung (IPAP) und nimmt zur Kenntnis, daß Europa und Ostasien in diesen Bereichen starke gemeinsame Interessen aufweisen;
 9. weist darauf hin, daß die vielschichtigen und zum Teil sehr tief verwurzelten Hindernisse, mit denen Exporteure nach Ostasien nach wie vor konfrontiert sind, uneingeschränkt berücksichtigt werden müssen; betont, daß wirklicher Fortschritt erst dann erzielt wird, wenn sich für die Exporteure deutliche Verbesserungen ergeben;
 10. fordert die ASEM-Teilnehmer zur Zusammenarbeit auf, um den erfolgreichen Beginn einer umfassenden und ausgewogenen WTO-Runde zu gewährleisten, die eine weitere schrittweise Liberalisierung in allen Sektoren sowie effizientere und produktivere WTO-Regeln zur Folge hat, einschließlich in neuen Bereichen wie etwa Investition, Wettbewerb oder Erleichterung des Handels, und fordert sie weiter auf, im Verlauf der neuen Verhandlungsrunde diese Zusammen-

arbeit so fortzuführen, daß der erfolgreiche Abschluß der Verhandlungen innerhalb kurzer Zeit gewährleistet ist;

11. betont, daß die Europäische Union auch weiterhin auf die Aufnahme von Umweltklauseln in globale Handelsbestimmungen drängen und an ihren Vorschlägen, wie dies durchzuführen ist, arbeiten sollte, um Länder mit zögernder Haltung davon zu überzeugen, daß sie keine willkürliche oder unfaire Behandlung infolge der Einführung von Umweltklauseln zu befürchten haben; ersucht die Kommission und die Mitgliedstaaten, die durch den ASEM-Prozeß gebotenen Möglichkeiten, einen diesbezüglichen Dialog zu führen, voll auszuschöpfen;
12. ersucht die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten, bei ihrem Dialog mit den asiatischen Partnern wesentlich mehr Nachdruck auf die Notwendigkeit zu legen, allen Arbeitnehmern die grundlegenden sozialen Rechte zu sichern und dafür zu sorgen, daß dieser Frage in dem Bestreben, den Handel zu erleichtern, entsprechende Aufmerksamkeit gewidmet wird;
13. hält es in diesem Zusammenhang für erforderlich, während des euro-asiatischen Dialogs der Ausbeutung von Kinderarbeit größtmögliche Aufmerksamkeit zu widmen, um sicherzustellen, daß diese Praxis auch in den asiatischen Ländern so bald wie möglich abgestellt wird;
14. betont, daß der Gewährleistung der Chancengleichheit für die Frauen auch in den asiatischen Ländern große Bedeutung zukommt, und daß hierfür alle Hindernisse im beruflichen und sozialen Bereich beseitigt werden müssen;
15. ruft die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten auf, konkrete Vorschläge für eine umfassende Reform des IWF auszuarbeiten, die darauf abzielt, seine Fähigkeit beträchtlich zu steigern, die Stabilität des internationalen Währungssystems zu gewährleisten und auf Krisen angemessen zu reagieren; fordert des weiteren, die Bestrebungen zur Reform der Weltbank zu verstärken;
16. bekräftigt erneut seine Unterstützung für den Beschluß des Rates, der Teilnahme Birmas an EU-ASEAN- und ASEM-Treffen erst dann zuzustimmen, wenn sich die Lage in Birma in bezug auf Menschenrechte und Demokratie erheblich gebessert hat;
17. ersucht Rat und Kommission, zu prüfen, auf welche Weise die Europäische Union die Entwicklung von lebensfähigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen in Ost-Timor unterstützen und somit eine friedliche Beendigung der Besetzung durch Indonesien erleichtern kann;
18. unterstreicht die Bedeutung, das ASEAN-Regionalforum und andere Initiativen und Zusammenschlüsse zu unterstützen, die dazu beitragen können, bestehende Spannungen abzubauen und in Zukunft vor dem Auftreten und der Eskalation von Konflikten zu schützen; erachtet die Versuche, Südostasien zu einer kernwaffenfreien Zone zu machen, als gutes Beispiel einer derartigen Initiative;
19. ruft die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, ihre Bemühungen zu verstärken, um eine Einigung über die Aufnahme klarer Engagements für die Menschenrechte in wichtige ASEM-Dokumente zu erreichen und in Plenarsitzungen der ASEM sowie bei bilateralen Treffen mit hochrangigen Vertretern der jeweiligen Staaten auch weiterhin konkrete Menschenrechtsfragen zur Sprache zu bringen;
20. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung der Kommission und dem Rat sowie den Regierungen und Parlamenten der ASEM-Länder zu übermitteln.